

Presseinformation 18/2023

PV Strategie in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen

Der kürzlich vorgelegte Klimaschutzbericht der rheinland-pfälzischen Landesregierung bestätige noch einmal, dass die mittlere Jahrestemperatur seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen Ende des 19. Jahrhunderts in diesem Bundesland bereits um 1,6 Grad Celsius angestiegen ist. Das mache deutlich, dass gerade Rheinland-Pfalz vom Klimawandel stark betroffen werde und hier insbesondere die Forst- und Landwirtschaft. Umso wichtiger, dass die Landesregierung mehr in Sachen Klimaschutz unternimmt.

Die von dem Verband für Wirtschaft und Umwelt (VWU) und dem Landesverband Solarenergie Rheinland-Pfalz (LSE) vorgeschlagene Solarpflicht für Neubauten und Bestandsgebäuden mit hohem Sanierungsbedarf hatten die Ampelparteien im Land mit Verweis auf bundeseinheitliche Regelungen zurückgestellt. Jetzt habe der Bundeswirtschaftsminister klargestellt, dass er dieses Thema nicht anpacken will und es Länderregelungen überlässt. Das zögerliche Handeln der Landesregierung habe nach Meinung der rheinland-pfälzischen Verbände zu einem unnützen Zeitverlust geführt. Jetzt müsse umso schneller gehandelt werden, so VWU und LSE in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Die Verbände begrüßen die vom Bundeswirtschaftsministerium beim zweiten Photovoltaik Gipfel vorgestellten 11 Verbesserungen für den Ausbau der Solarenergie. Sie bedauern allerdings auch, dass die 650 Stellungnahmen aus der Solarbranche keine Berücksichtigung fanden. Auch die 25 Vorschläge der rheinland-pfälzischen Verbände seien nicht in die Vorlage für ein neues Gesetz eingeflossen. Das zeige, dass auch nach dem beschleunigten Vorgehen der Bundesregierung noch immer viel zu viele Hemmnisse übrig blieben.

Positiv bewertet der Landessolarverband, dass nach dem Marktstammdatenregister in den ersten vier Monaten des Jahres in Rheinland-Pfalz eine Solarzubau von rund 200 Megawattleistung erfolgte und damit in etwa doppelt so viel wie in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Das ließe darauf hoffen, dass zumindest in 2023 die selbstgesteckten Ziele der Landesregierung beim Ausbau der Solarenergie eingehalten werden könne. Dennoch weist der Solarverband daraufhin, dass die Regierungsziele im Koalitionsvertrag weit hinter den eigentlichen Erfordernissen für ein klimaneutrales Land aufgestellt wurden.